

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 58, durch die Post und durch Geldbote zu beziehen. Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pf., pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 7748.

Insertionsgebühren beträgt für die einjährige Zeitdauer ober deren Raum 20 Pfennige, für dreimonatliche und viermonatliche 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 269.

Donnerstag, den 17. November 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Vom ober-schlesischen Arbeitersekretariat

Schreibt man uns: Vor Kurzem — am 1. November d. J. — trat im ober-schlesischen Industriebezirk, und zwar im Beuthener Gewerkschaftslokale, ein Institut in Thätigkeit, das zwar im Anfange den stolzen Namen Arbeitersekretariat kaum verdienen, aber doch den süddeutschen Einrichtungen, die diesen Namen tragen, nahe verwandt sein wird. Auf den Namen kommt es ja übrigens gar nicht an.

Seit Jahr und Tag, namentlich aber seit der Zunahme der Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und seit den Reichstagswahlen, durch die die Arbeiter ... als vorher auf politische und gewerkschaftliche Organisation aufmerksam wurden, ... hat sich das Bedürfnis herausgestellt, zunächst wenigstens für die organisierten Arbeiter ein gewerkschaftliches, gewissermaßen den organisierten Arbeitern selbst gehöriges Institut zu schaffen, das ihnen in allen Rechtsangelegenheiten unentgeltlich Hilfe leistet.

An Rechtshilfe fehlt es in Oberschlesien nicht, im Gegenteil, die Zahl der anerkannten und nicht anerkannten Rechtskonsulenten, Winkel- und Volksschreiber zc. ist ungeheuer groß; daneben bestehen mehrere Rechtsschutzvereine, von denen der eine die Schöpfung ultramontaner Parteigrößen, der andere die eines privaten Geschäftsmannes ist. Auch der christliche Bergarbeiterverein („Katalik“-Richtung) gewährt seinen Mitgliedern Rechtschutz.

Von allen diesen Einrichtungen ist die letztgenannte entschieden die beste. Da sie aber nur für die Mitglieder des christlichen Bergarbeitervereins da ist, das Gros der Bergarbeiter mit dessen Tendenzen nicht einverstanden ist und daher nicht beiträgt, kann diese Einrichtung für die Verbandmitglieder und die organisierten Arbeiter anderer Branchen nicht in Betracht kommen. Noch weniger ist dies beim ultramontanen Rechtsschutzverein der Fall. Wer hier Rechtschutz sucht, muß Mitglied werden, bestimmte Beiträge zahlen, ein „guter Katholik“ sein und — meist auf sein Recht verzichten. Dieser Verein vertritt die Rechte der Arbeiter in höchst lauer Weise; wo es dringend nötig ist, einen Unternehmer zu verklagen, verweist der Verein den benachteiligten Arbeiter auf den Weg des Mittens. Wie kann es anders sein, da die ultramontanen Patrone des Vereins so eng mit dem Unternehmertum liiert sind! Es ist deshalb erklärlich, wenn die Arbeiter zu diesen Vereinen wenig Vertrauen haben.

Die konfessionierten und nichtkonfessionierten Volksanwälte und dergleichen, insbesondere die letzteren, sind für die Arbeiter meist direkt schädlich, ja vielfach gemeingefährlich. Der überwiegenden Mehrzahl dieser Leute, die hier mehr als sonst in den Städten sowohl wie auf den kleinsten Dörfern ihr meist sehr löchliches Gewerbe treiben, kommt es bei ihrer Thätigkeit nicht im Geringsten auf das Recht der Rechtsuchenden, sondern einzig und allein auf ihren Verdienst an. Je schlechter ihre „Rechtshilfe“, desto theurer muß sie bezahlt werden. Für einfache Briefe bezahlen ober-schlesische Arbeiter 5, ja 10 Mark; sie lassen sich von diesen Betrügnern in recht einfachen und oft von Anfang an aussichtslosen Rechtsstreitigkeiten monats- und jahrelang hinziehen, während ihnen in der gemeinsten Weise das Geld aus der Tasche gelockt wird.

An wen sollen sich da die Arbeiter, die von den gekennzeichneten Arten der Rechtshilfe nicht Gebrauch machen wollen oder können, wenden? Auch das Heer der Rechtsanwälte

scheidet ja hier aus, weil die meisten Rechtsfälle für Arbeiter nicht gerade im Thätigkeitsbereiche der Anwälte liegen und Anwaltshilfe meist zu theuer ist. Rechtshilfe aber brauchen die Arbeiter. Wenn die süddeutschen Arbeiter sie brauchen, denen man mehr Intelligenz und Schulung zuspricht als den ober-schlesischen, dann brauchen sie die ober-schlesischen desto mehr. Und wäre auch das Bildungsniveau der Oberschlesier ein höheres — m. E. stehen die Oberschlesier an natürlicher Intelligenz, an Anlagen, durchaus nicht hinter den anderen Arbeitern in Deutschland zurück, es fehlt ihnen nur eine bessere Ausbildung ihrer guten Anlagen —, dann hätten sie trotzdem mehr als ihre Kollegen in anderen Gegenden unparteiische und sachliche Hilfe in ihren Rechtsstreitigkeiten nötig. Die alte aus dem feudalen landwirtschaftlichen Oberschlesien stammende Art, mit Arbeitern umzugehen, hat sich hier bis heute auch im Industriegebiet fortgepflanzt, und vor allem die bei Unternehmern, Beamten, Ärzten usw. beliebte Handhabung der sogenannten Sozialgesetzgebung entspricht durchaus den feudalen Traditionen. Was sonst in Deutschland an Missethaten gegen die Arbeiter in Bezug auf ihre aus der Sozialgesetzgebung hervorgehenden Rechte vorkommt, wird durch das, was in Oberschlesien nicht nur vorkommt, sondern Brauch und Mode ist, vollkommen in den Schatten gestellt. Dem hier üblichen Praktiken gegenüber steht der einzelne Arbeiter einfach hilflos da. Kümmerst er sich nicht um seine Rechte — und was weiß er meist davon? — so verliert er sie eben ganz; kümmerst er sich aber um sie, so werden sie ihm verflüchtigt oder abgeprochen. Wir können hier nicht auf Einzelheiten eingehen, später, wenn das Beuthener Arbeitersekretariat in Thätigkeit getreten sein wird, wird sich reichlich dazu Gelegenheit finden.

Einen besonderen und recht schwierigen Theil seiner Thätigkeit wird das Sekretariat auf dem Gebiete des Knappschafftswesens zu entfalten haben. Dergleichen die Knappschafftsvereine weit älter sind als die Versicherungsgesetze, wissen die Bergarbeiter vielfach mit jenen weniger Bescheid als mit diesen. Eine weitere, speziell in Oberschlesien nötige Thätigkeit des Sekretariats wird darin bestehen müssen, die Arbeiter zu schützen gegen mancherlei Praktiken gewisser Wertpensionsklassen. Im Uebrigen werden alle die Dinge zur Erledigung kommen, die nach den Berichten des Nürnberger und Stuttgarter Sekretariats vor ein Arbeitersekretariat gelangen.

Sehr gespannt kann man darauf sein, wie sich die Behörden zu der neuen Einrichtung verhalten werden. Bisher haben die ober-schlesischen, auch die Beuthener Behörden gegen alles, was gewerkschaftlich heißt, eine tiefe Abneigung gezeigt. Natürlich hat das zwar dem Gewerkschaftsleben geschadet, es aber nicht ertödtet können. Das Arbeitersekretariat ist nun auch eine gewerkschaftliche Einrichtung und wir sind begierig, ob die Behörden auch auf dieses ihre Abneigung übertragen werden.

Wir hoffen, daß das nicht der Fall sein wird. Es ist zwar mit Bestimmtheit zu erwarten, daß gewisse Kreise, Unternehmer, Berufsgenossenchaften zc. auf die Behörden einzuwirken versuchen werden, dem Sekretariat Schwierigkeiten zu machen. Trotzdem hegen wir die Hoffnung, daß dies Mal deren Bemühungen ... sonst sein werden. Wir erwarten das namentlich mit Rücksicht auf das Verhältnis zwischen den süddeutschen Arbeitersekretariaten und den dortigen Behörden. Was dort möglich ist, ist bei einem guten Willen auch hier möglich. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Oberschlesiens sind dieselben Menschen wie ihre Kollegen in Nürnberg,

Stuttgart und München, womit will man es begründen, daß in Oberschlesien ein Arbeitersekretariat ein gefährliches und schädliches, in Bayern und Württemberg ein gemeinnütziges Institut sein soll? Wir erwarten von den Behörden kein besonderes „Böhmchen“; das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Behörden kann sich erst allmählich bessern. Was wir aber bestimmt erwarten, ist: Enthaltung von allen Uebergriffen gegen die neue Einrichtung. Vielleicht trägt gerade das Sekretariat dazu bei, die ober-schlesischen Arbeiter mehr als bisher möglich war, zu praktischer, gewerkschaftlicher Arbeit erziehen zu helfen. Gerade die Behörden hätten alle Veranlassung die Arbeiter hierin nicht zu stören.

Und übrigens, daß das Sekretariat bestehen bleiben wird, wenn die Opposition der Behörden auch noch so groß ist, das dürfte durch die Ereignisse des letzten Jahres erwiesen sein.

Die Ausweisungen aus Schleswig

über die wir berichtet haben und denen seitdem weitere gefolgt sind — im Ganzen jetzt über hundert — haben ausnahmslos Personen betroffen, die politisch nie eine Rolle gespielt haben. Trotzdem ist, wie sich nachträglich herausstellt, die Parteipolitik doch diesen Ausweisungen nicht fremd. Aus Nord-Schleswig erhält der „Vorwärts“ von zuverlässiger Seite folgende Mittheilungen:

In Folge der letzten Landtagswahl sind in Nord-Schleswig massenhafte Ausweisungen, zumeist von dänischen Besitzern und Dienstleuten verfügt worden. Dänisch, — nicht dänische Staatsangehörige, wenigstens nur ein Theil, sondern zum Theil preussische Staatsangehörige dänischer Abstammung. Die meisten der Ausgewiesenen haben sich entweder an Versammlungen des dänischen Protektandenbundes Theil genommen, oder sie haben bei den Wahlen diesem ihre Stimme gegeben. Die Deutlichkeit der Stimmabgabe hat sie aus Messer geliefert.

Der Umstand, daß preussische Staatsangehörige aus Preußen ausgewiesen werden könnten, erscheint kaum glaublich. Trotzdem ist es wahr. Mit wenigen Ausnahmen sind die Ausgewiesenen Kinder des Landes, in Schleswig geboren und erzogen; und zum Theil haben sie in der deutschen Armee gedient und in den Landtags-Wahllosten gestanden — wurden also auch von den Behörden als preussische Staatsbürger und Reichsangehörige betrachtet.

Das schier Unerklärliche erklärt sich durch den Wiener Vertrag von 1864, der Schleswig-Holstein an Preußen überließerte. In einer Klausel dieses Vertrages wurde festgesetzt, daß es 6 Jahre lang nach Abtretung Schleswigs den militärpflichtigen Schleswigern freistehende, im dänischen Heere zu dienen, ohne daß sie ihrer Staatsbürgerrechte in Schleswig beziehentlich Preußen verlustig gingen. Die Bestimmung, sowie andere Bestimmungen, durch welche die Dänen Nord-Schleswigs eine Art staatsbürgerlichen Zwitwertschafts erhielten, wurde durch eine preussisch-dänische Uebereinkunft im Jahre 1872 bestätigt.

Dem „Berliner Tageblatt“ geht zu diesen Ausweisungen aus „laufmännischen Kreisen“ eine recht beachtenswerthe Mittheilung zu. Die durch den Herrn Präsidenten von Köller angeordneten und sicherlich durch den Herrn Minister von der Rede von der Fort gutgeheißenen Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger haben, wie man leicht ermessen kann, in Dänemark eine große Erbitterung hervorgerufen. Man ist namentlich über die oft rücksichtslose Art, mit welcher gegenüber Frauen und selbst kleinen Kindern die Anordnungen

sie sollten den markirten Feind befehligen. Es war eine große Gefechtsübung in Aussicht genommen. Jede Kompagnie stellte dazu noch einen Gefreiten und zwei Mann. In der zweiten traf es den Gefreiten Straube, Adorf und einen anderen Rekruten.

Der Ausmarsch zur Vorstellung ging ziemlich stumm und mit einer gewissen Flegelhaftigkeit vor sich. Jeder wußte, daß von dem Ausfall des Tages viel abhing, der Major so gut wie der letzte Rekrut, und wenn der letztere auch nur an den dienstreifen Nachmittag und das Freibier dachte. Nur der markirte Feind, der mit seinen weißen und rothen Flaggen an der Queue marschirte, zeigte eine auffallende Fröhlichkeit. Hier dampften lustig die Cigarren, Scherzworte flogen hinüber und herüber — man hatte ja heute nichts anzusehen.

Am Eingang des Exerzierplatzes drach der markirte Feind ab, setzte die Gewehre zusammen und erwartete seinen Kommandeur. Dieses Amt war dem etatsmäßigen Stabsoffizier des Bataillons, Major von Böding, zugefallen. Er kam und inkriminirte seine Bizepspieße mit umständlicher Gründlichkeit. Er war seelenfroh, daß er auch einmal etwas auf dem Plage zu thun hatte, und wollte das Bergnügen voll auskosten. Sonst brachte er seine Lage auf den Regiment- und Bataillonsverhältnissen und auf den Montirungskammern zu, ein laugweiliges Dasein für einen strebsamen und schneidigen Offizier. Nachdem die Bizepspieße auf wiederholtes dringendes Befragen des Majors mehrmals nachdrücklich verifizirt hatten, daß sie seine Anordnungen kapirt hätten, zog ein jeder mit seinen drei Leuten nach dem ihm bestimmten Punkte ab. Am Stande des Exerzierplatzes ließ ein niedriger kahler Höhenzug ihn, mit mehreren kegelförmigen Erhebungen. Hinter der Kruppe eines jeden dieser Hügel war ein Krapp mit zwei rothen Flaggen postirt. Man lagerte sich, legte sich auf den Bauch, setzte seine Cigarre wieder in Brand und sah der Entfaltung der Dinge mit einer Bejahigkeit entgegen.

Beim Kommiss.

Zwei Jahre Volks-Erziehung

von Eugen Thossan.

Dabei schaute er seinen ehemaligen Schulfreund so drohend an, als ob er im Stande wäre, sofort hinzugehen und den leichtfertigen Schwäger zu demüthigen.

War erschraf. Er warf seinem Gegenüber einen halb ängstlichen, halb boshaften Blick von unten herauf zu und verzicht sich von da an mäusehinstill.

Der alte Schuster strahlte. Adolf aber sah den Rest des Abends am Tisch wie ein geprellter Frosch, geschwollen von Siegeshochmuth und umhüllt von der Anerkennung der Philister, die wieder einmal dem Stärkeren zugefallen waren.

Am ersten Osterfeiertag reiste Adolf, nachdem er früh nach mit seinem Vater in der Kirche gewesen war, wieder ab, um seine Braut zu besuchen.

Marianne war entzückt von ihrem schneidigen Bräutigam in Uniform. Sie warf sich ihm immer wieder an den Hals und küßte ihm ins Ohr: „Wie hübsch Du geworden bist! Nein, wahrhaftig, es ist mein Erz.“

Er lächelte sein anäbliches, geschmeicheltes Lächeln weiter. Da machte sie sich fast ängstlich von ihm los und trat zurück. Das Lächeln setzte sie in Verlegenheit. Sie hatte überhaupt den Eindruck, als ob er bedeutend würdevoller, selbstbewusster geworden wäre; es kam ihr sogar vor, als ob er noch gewachsen wäre. Sie mußte jetzt an ihm hinaufsehen, wenn sie an seinem Arm ging. Dessen konnte sie sich von früher nicht entsinnen. Wahrscheinlich lag es an seiner besseren Haltung. Aber auch sonst war er gewachsen, geistig höher geworden. Sie fing an, Respekt vor ihm zu bekommen.

Als er am zweiten Feiertag des Nachmittags mit ihr spazieren ging, sagte sie plötzlich: „Weißt Du, so von Weitem, wenn man nicht genau hinschauen kann, muß man Dich für einen Einjährigen halten.“

Er entgegnete ernt, indem sich eine Falte in seine junge, freie Stirn grub: „Ich will Dir mal was sagen, liebes Kind. Ob ich nun Einjähriger bin oder nicht, das bietet sich ganz gleich. Ich bin Soldat. Des Königs Rod ist ein Ehrenrod, ob Schüre daran sind oder nicht.“

Sie war betroffen und hat ihm die „dumme Aeußerung“ dreimal ab. Das war eigentlich das erste Mal, daß er sich von ihr gekränkt gezeigt hatte. Sonst, wenn sie sich mal gekampelt hatten, war sie immer diejenige gewesen, die das Trostspöchen aufgesetzt; und er hatte immer wieder um gut Wetter gebeten.

Ja, er war eben Soldat; es war etwas zu seinem Wesen hinzugekommen, was früher nicht dagewesen war. Aber es kleidete ihn.

Der kleine Zwischenfall trübte übrigens das Einvernehmen der Brautleute nicht weiter. Es waren drei „himmlische“ Tage, die sie zusammen verlebten. Und in der Nacht nach seiner Abreise weinte Marianne heiße Thränen.

VII.

Die Bataillonsvorstellung stand vor der Thür. Zwei Tage vorher trafen die Offiziersaspiranten ein, die ihre Bizepsübungen abzuweihen hatten. Jede Kompagnie bekam einen. Der, mit dem die zweite beglückt wurde, hieß Braun und war im gewöhnlichen Leben Kandidat des höheren Schulamts, ein guter, braver Mensch, nur ein bißchen zu sehr Schulmeister.

Der Major war in Verzweiflung, was er mit den Reserveworteln bei der Vorstellung anfangen sollte. Die Leute hatten nicht mitgezogen und waren im Stande, das ganze Bataillon umzuschmeißen. Schließlich fand sich ein Ausweg:

(Fortsetzung folgt.)

ausgeführt wurden, im äußersten Maße aufgebracht. Die Dänen sind nun nicht gewillt, diese Ausweisungsmaßregeln still hinzunehmen. Freilich kann die dänische Regierung nichts dagegen thun, denn formell ist Preußen ja im Rechte. Aber die dänischen Kaufleute rüsten sich zu einer die deutsche Ausfuhr empfindlich treffenden Gegenwehr. In allen dänischen Zeitungen wird zur Aussperrung der deutschen in industriellen Erzeugnisse aufgefordert. In einzelnen Städten haben sich bereits Vereinigungen gebildet, deren Mitglieder sich ehrenwörtlich verpflichten mußten, keine Waaren fortan mehr aus Deutschland zu beziehen, und mit heller Schadenfreude verkündet die „Viborg-Stifts-Tribüne“ unter der Spitzmarke „Lige for Lige“ (Gleiches mit Gleichem), daß ein langjähriger Reisender einer deutschen Firma, der sonst große Aufträge aus Randers zu erhalten pflegte, diesmal auch nicht für einen Dene zu verkaufen im Stande gewesen sei. Man nahm ausdrücklich auf die Ausweisung der Dänen aus Nordschleswig Bezug, und man brach die langjährigen Verkehrsbeziehungen ab.

Zu der durch die Anordnungen des Herrn von Köller hervorgerufenen politischen Verstimmung zwischen Deutschland und Dänemark kommt nun auch ein sehr empfindlicher wirtschaftlicher Schaden.

Militärisches.

Der Graf Stolberg-Bernigerode, Militärmeister bei dem in Saarburg garnisonirenden Manenregiment Nr. 15, der den **Sergeanten Scheinhardt im Wanderverein Elsaß-Lothringen erstach**, wurde nach der „Frankf. Ztg.“ mit Dienstentlassung, sowie 3 Jahren und 4 Monaten Gefängnis bestraft. Das Urtheil hat nach der „Frankf. Ztg.“ die Befähigung des Kaisers erhalten.

Aus Kiel wird dem „Vorwärts“ berichtet: Im Keller der Seebataillonslagerne hat an einem Samstag am 10. d. M. ein Soldat der 2. Kompanie des 1. Seebataillons erhängt. Der erst am 1. November freiwillig Eingetretene hat in einem zurückgelassenen Briefe angegeben, daß er das Leben satt habe. Bisher ist über die Ursachen des Selbstmordes nichts verlautbart, wie denn bislang auch die That selbst in den Kieler Blättern noch nicht erwähnt wurde.

Ein anderer Fall von Soldatenmord wird aus Cleveland gemeldet. Dort erschoss sich der Sergeant Baumgartl des hiesigen 56. Infanterie-Regiments, angeblich, weil er von seinem Kompaniechef wegen Dienstwidrigkeit zur Verantwortung gezogen worden sei. Der Sergeant war mit der Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen betraut und mit dieser Obliegenheit soll diese Angelegenheit zusammenhängen, wegen der ihm vom Hauptmann Pflichtverletzung vorgeworfen wurde.

Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Polizeiliche Führungsstellen, welche in Tüft Arbeitern angestellt werden, tragen den Vermerk, daß der Betreffende an der sozialdemokratischen Agitation nicht theilgenommen habe. Wie der Direktor der Königsberger städtischen Gasanstalt und des Elektrizitätswerkes, Dr. Krieger, kürzlich in einer Versammlung mittheilte, werden ihm solche Atteste vielfach vorgelegt.

Wenn diese Praxis allgemein würde, wäre jeder Arbeiter, dem ein solcher Vermerk in das Attest nicht eingetragen würde, als Sozialdemokrat gekennzeichnet und damit schweren Schätigungen ausgesetzt. Gegen das Verfahren der Tüftler Polizeibehörde muß der schärfste Protest eingelegt werden.

Vor einer neuen Ausnahmegegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie warnt die „Köln. Volksztg.“. Es sei unrichtig, daß der Großherzog von Baden einer neuen Ausnahmegegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie das Wort reden soll. Nichts wäre auch verfehlter, sich auf das Centrumsblatt, „als durch diese neue gesetzgeberische Aktion, deren Erfolg nicht unbedingt sicher vorausgesehen werden kann, den Klärungsprozess innerhalb der Sozialdemokratie aufzuhalten.“

Koloniales.

Kiautschau wird für die deutschen Eisenbahnen rechtlicher. Der neue Etat fordert nicht weniger als 8 1/2 Millionen Mark für diese Stationen. Für das laufende Etatsjahr waren 5 Millionen Mark angelegt. Außerdem sind außerordentlich im Jahre 1897/98 über drei Millionen Mark dort angewandt worden. Danach kostet Kiautschau also in drei Jahren schon 17 Millionen Mark, ganz abgesehen von dem Unterhalt der dort stationirten Kriegsschiffe.

Ueber ein neues Kolonisationsplanzen in Deutschafrika berichtet die „Berl. Anzeig.“: Mit einem Gesellschaftskapital von 500,000 Mark gebildet das Syndikat für Gründung einer „Deutschafrikanischen Handels- und Verwaltungsgesellschaft“ im nördlichen Theil von Deutschafrika von Warte nach Warte einer regelrechten Lagerverehr eingerichtet auf Grund eines Vertrages mit dem Gouverneur, der dem Syndikat das Recht eingeräumt, die von ihm gebildeten Eisenbahnen zu bauen, das Gouvernement verpflichtet, in Form von Land die Ausgabe für den Bau zu übernehmen und den Transport seiner Güter dem Syndikat zu übertragen. In einem zweiten Vertrage hat das Syndikat das Recht erhalten auf einen 7000 Hektar in Süd-Far und 28,000 Hektar im Nordwesten erhalten. Zunächst wird beschlüsselt: 1. Anlage einer Eisenbahn für Sibirien und Ostafrika in der Richtung Tiflis in Süd-Far; 2. Bau von zwei Eisenbahnen zu je 250 km auf der Straße Wadai-Wadai; 3. Verbindung von drei Eisenbahnen mit einem Eisenbahnnetz unter einem Namen. Jeder zu werden des Vertrages für den Kapitalbetrag. Und alles das mit einem Kapital von 500,000 Mark!

Was jetzt heißt denn der deutsche Eisenbahner?

die sich auf den Umfang, die Gründe und die Gefahren dieser Beschäftigung erstrecken sollen. Die Fabrik- und Gewerbeinspektoren sollen Vorschläge über eine möglichst zweckmäßige Art der Beschränkung machen und zu diesem Zweck sich mit den Vorständen und Ärzten der Krankenkassen ins Benehmen setzen.

Bismarck und Oberförster Lange. In dem Prozesse des Oberförsters Lange gegen Bismarck, der sich um einige Hundert Mark Pension jährlich handelt, hat Bismarck den ihm zugeschobenen Eid bis zu seinem Tode nicht geleistet. Das Oberlandesgericht in Kiel ist nun in die Lage versetzt worden, den Eid den Erben des Alten, den drei Kindern Bismarcks, zuzuschreiben. Das bedeutet also, daß auch die Erben der Millionen dem langjährigen treuen Diener die paar Hundert Mark nicht gutwillig zahlen wollen.

In Mainz soll es zu einer Reichstags-Graswahl kommen. Der Reichstags-Abgeordnete für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim, Rechtsanwalt Dr. Schmitt (Zentrum) beabsichtigt, wie man der „Volksztg.“ mittheilt, von seiner gesammten öffentlichen Wirksamkeit zurückzutreten. Die Gründe seien familiärer Natur.

Dr. Schmitt steht auf dem linken Flügel der Zentrums-Partei. Er ist auch Mitglied der zweiten hessischen Kammer. Bewahrheitet sich die Mittheilung seiner Mandatsunfähigkeit, so steht sicher zu erwarten, daß der unserer Partei verloren gegangene Reichstags-Wahlkreis bald wieder erobert werden wird.

Ausland.

Zur Dreyfus-Angelegenheit.

Der Pariser „Temps“, ein sehr einflussreiches, regierungsfreundliches Blatt, nennt Dupuy's Weigerung, Dreyfus vom begrenzten Verfahren vor dem höchsten Gerichte verständigen zu lassen, eine von keinem Gesetze vorgeschriebene willkürliche und unnütze Grausamkeit und beklagt tief, daß Frankreich durch Handlungen solcher Art seines alten Rufes der Menschenfreundlichkeit und Gerechtigkeit beraubt werde.

Eine Note der „Agence Havas“ weiset: Der Kassationshof, welcher seine Entscheidung dahin getroffen hatte, daß die jetzt in Strafe, die Dreyfus verbüßt, keiner Veränderung zu unterliegen sei, hat jedoch den Minister für Kolonien davon in Kenntniß gesetzt, daß er eine gerichtliche Verfügung erlassen hat, welche befragt, der Kassationshof habe beschloffen, daß Dreyfus auf jedem beliebigen Wege von der Revision seines Prozesses benachrichtigt und aufgefordert werde, seine Vertheidigungsmittel vorzubringen.

Damit hat die grausame Behandlung Dreyfus' ein Ende. Der Bericht des obersten Gerichtshofes enthält zugleich eine scharfe Kritik des Verfahrens Dupuy's, der sich bekanntlich genügt hat, Dreyfus auch nur die geringste Nachricht von dem Revisionsverfahren zukommen zu lassen.

Ingleich wird gemeldet, daß der Minister für die Kolonien ein Telegramm erhielt, welches die Mittheilung enthält, daß Dreyfus bei guter Gesundheit sei. Die Frage, welche Dreyfus letzens des Kassationshofes vorgelegt werden sollen, werden ihm auf dem gewöhnlichen Wege zugehen, ebenso wie die diese Fragen betreffenden Schriftstücke.

Der Kassationshof legt seine Revisionarbeit still und tritt zur Debatte über die Verhandlungen über die Dreyfus-Angelegenheit. Der frühere Kriegsminister Combes besagte sich Montag Nachmittag zum Kassationshof und verließ denselben nach einwöchiger Anwesenheit. Nach einer Besprechung der „Frankfurter Zeitung“ aus Paris, ist bekannt am Montag von Freycinet empfangen worden. Wahrscheinlich handelte es sich dabei um den Fall Dreyfus.

In Folge der Entscheidung des Kassationshofes, die Beschuldigung Dreyfus' vom Revisionsverfahren erlösen zu lassen, spielen Dramen und Szenen in den Kammergängen ungläubliche Szenen auf. Der Antisemit Cassin erobert die Hand gegen den Ministerpräsidenten Dupuy, um ihn zu überreden. Dupuy erklärte laut, das Zentrum und der Kassationshof ständen im Solde Deutschlands. Die Entscheidung des Kassationshofes, welche einigermäßig erfolgt, lautet, daß die Aussagen der fünf Kriegsmänner die Unterzeichnung des Kassationshofes nicht erlösen.

In Gagenne war es halb vier Sonntags, als in Paris die Nachricht nach Gagenne abging Dreyfus sei sofort von dem Bericht des Kassationshofes in Kenntniß zu setzen. Die Fahrt von Gagenne nach der Landstraße dauert fünf Stunden, so daß Dreyfus zweifellos Abends die offizielle Mitteilung erhalten hat. Die Abreise lautet freigegeben wird ein vollständiger Dampfer nach Gagenne bringen, da der nächste französische Gagenne-Dampfer erst am 9. Dezember abfährt; die notwendigen Anweisungen Dreyfus beauftragte ein Auftrag aus einem von ihm zu verfassenden Memorandum kürzlich telegraphisch wurden.

Wahrscheinlich legt der Kassationshof, beschleunigt um die täglich einlaufenden Todesnachrichten, das Verdict ab; die juristische Kommission sind Picquart, Schreiner, Kappeler und Bernard Cazare.

Der Graf Gelli erklärt: Ober u. Schwarzspeer habe ihm gesagt, daß Gagenne, Gagenne und Lang ihm das Material über die Angelegenheit Dreyfus lieferten. Die letzten Dokumente aber waren jetzt, weil Dreyfus in der Generalität kam, der die Dreyfus Angelegenheit. Daher der Jura keine Hand gegen Dreyfus. Als die Angelegenheit gegen Dreyfus erlosch wurde, sagte Schwarzspeer sofort, daß die der Angelegenheit zu Grunde liegenden Dokumente gefälscht seien. Das Geld für die Zahlung der letzten erloschen Oberhays, Dreyfus und Lang, die es mit anderen Offizieren theilen. Daher hat Picquart mit, daß das Verdict: Dreyfus ist seiner Gegenwart von Schwarzspeer ge... und mit der Oberhays bestimmt war.

Eine Protestbewegung der italienischen Frauen

gegen die Behandlung, welche die im Laufe dieses Sommers den Kriegsgerichten wegen „politischer Vergehen“ Beurtheilten zugehen, ist eingeleitet worden und macht gute Fortschritte. Initiative dazu ist von einer bekannten und angesehenen Mailänderin ausgegangen, von Frau Alessandrina Nabazza, der sich viele Schriftstellerinnen, Frauenrechtlerinnen und andere bürgerliche Frauen geschlossen haben. In Mailand hat sich ein Hauptkomitee gebildet, das viele Tausende von Bogen verteilt, auf welche sich die Frauen einzeichnen, die dagegen protestiren, daß die sogenannten politischen Verbrecher wie gemeine Verbrecher behandelt werden. Unter dem Namen von Frauen sind in Turin, Modena, Mantua, Padua, Florenz, Rom, Neapel und anderwärts entstanden. Die ausgegebenen Flugblätter sind bereits mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckt. In dem Begleitschreiben, welches dem Bogen beiliegt, heißt es u. A.: „Italienische Frauen! Beweisen wir durch die Unterzeichnung unseres Namens auf den beigefügten Bogen, daß auch wir mit Leben unseres Landes leben, daß wir uns würdig erachten, die hohen Ideale, der Traditionen des Patriotismus, der heiligen Erinnerungen, die im Herzen jeder italienischen Frau lebendig sind, zu erneuern und zu dieser Manifestation — die die politischen Strömung fern steht — und fordern wir in der Erwartung einer baldigen Amnestie, welche die Gemüther beruhigt von allen Wohlgefinnten aufs Innigste gewünscht wird, daß die politischen Verbrecher ihre Strafe unter Bedingungen verbänden, welche Achtung vor dem Gebanten der Kultur entsprechen.“ — Den verschiedenen Komitees gehen zahlreiche Zustimmungsurkunden aller italienischen Frauenkreise zu. Aus Turin schreibt eine Dame: „Wenn das Herz auch nur einer Bürgerin schweigen würde, würde sie sich der Behandlung, welche den politischen Sträflingen in Alessandria, Fimalborgo und Ballanza widerfährt, so mühte sie an der italienischen Frau als Gattin und Mutter vorzuleben. Die Mütter und Gattinnen beweinen in diesem Augenblicke ihre Theure, die wie die gemeinsten Verbrecher behandelt werden. Mit ganzer Seele müssen wir uns an dieser Randgebung beteiligen, die eine heilige Pflicht ist.“ Die von den italienischen Kriegsgerichten im Laufe des letzten Sommers Beurtheilten sind bekanntlich Merik, bürgerliche Republikaner, der überwiegenden Zahl nach auch Sozialisten, welche als „Aufführer“, „Führer“, „Umstürzler“ u. s. w. in die Klassenjustiz ohne Gleichheit zum Opfer gefallen sind. In dem bürgerlichen Damen für die „Staatsverbrecher“ so warm und nachdrücklich eintreten, beweisen sie einen Bürgermuth, der den deutschen Bourgeoisinnen vollständig abgeht. Denn wer hat je davon gehört, daß deutsche Damen von Rang und Stand während in schmachvollen Ausnahmegeetzen zu Gunsten der politischen Verurtheilten ihre Stimme erhoben hätten?

Spanien und Amerika.

Die Friedensverhandlungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten drohen ins Stocken zu kommen. Das einflussreiche Madrider Blatt, der „Imparcial“, sagt, die Regierung habe Montero Nios Instruktionen gesandt. Es möglicherweise, daß die Konferenz am Montag die letzte oder vorletzte sein werde, falls die Amerikaner ihre Ansprüche nicht mäßigen. Nach Ansicht eines Ministers könne die Regierung nicht länger zaudern.

Und das Washingtoner Kabinett hat nach Paris ein Depesche gesandt, in welcher die amerikanischen Kommissare für die Friedensunterhandlungen angewiesen werden, keine weitere Erörterung bezüglich des Verfügungsrechtes über die Philippinen zuzulassen. Den einzigen Gegenstand der Unterhandlung habe die Art und Weise der Uebergabe der Inseln zu bilden.

Die amerikanische Regierung hat den Befehl ergehen lassen, die Reparatur einiger Panzerschiffe aufzuschieben, und andere Schiffe, die Ordre erhalten hatten, in See zu gehen, nicht anlaufen zu lassen, bis die Friedensverhandlungen mit Spanien beendet sind. Das ist ein Wink mit der Raupfahl.

Spanien befindet sich in geradezu verzweifelter Lage. Seine Flotte ist vernichtet, seine Finanzen sind zerrüttet, seine Kolonien sackt der Sieger ein, sein Heer schreit nach Sonne und im Lande droht der Bürgerkrieg. Das ist die Situation in die das Kaiserreich des großen Karl, in dessen Grenzen die Sonne nicht unterging, durch pfäffische Mißwirtschaft und Volkerverwundung gebracht worden ist. Der Zusammenstoß von England und Amerika wird in Madrid als ein für Spanien sehr ernstes Ereigniß begriffen.

Die „Köln. Ztg.“ läßt sich aus Madrid telegraphiren, daß nach zuverlässigen, dort eingetroffenen Londoner Nachrichten Lord Salisbury gewillt sei, auch in der Philippinenfrage mit Amerika Hand in Hand zu gehen. Die Verhandlungen, die demnächst nach Gibraltar abgingen, ließen die englische Politik in Madrid als äußerst verdächtig erscheinen, weshalb der Regierung anzurathen sei, sofort mit den Amerikanern Frieden zu schließen, bevor England Gelegenheit erhalte, sich einzumischen.

Partei-Angelegenheiten.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Cismittchen in Sachsen regte die ganze sozialdemokratische Liste. Ein Sozialist warfen Parteigenossen!

Wochensich unsere Breslauer Genossen daran ein aufmunterndes Beispiel nehmen!

Eine Agitations-Zeitung soll demnächst im Verlage unserer Brandenburgischen Parteiblätter erscheinen. Das Blatt, das den Titel „Kämpfe in Brandenburg“, Organ für die Volksinteressen in Stadt und Land, führen soll, ist als Fortsetzung der in der Wahlperiode der verbreiteten Wahlzeitung gedacht.

Die Parteivertheiler sind in Solingen wieder an der Arbeit. Nachdem unsere Parteigenossen beschlossen haben, sich an der bevorstehenden Stadtratswahl zu beteiligen, sagten die Anhänger des „Schwarzen“ gleichfalls den Beschluß, sich an der Wahl zu beteiligen: sie stellten die Herren Schumacher, Hehner und Eichhorn als Kandidaten auf. Wenn bürgerliche Blätter von dem „zwei sozialdemokratischen Kandidaten“ in Solingen sprechen, so ist das Unfug, auch in Solingen gibt es nur noch eine Sozialdemokratie, und was darüber ist, steht in den Sternen.

Die deutsche Parteipresse hat nach einer Berechnung der „Breslauer Sozialdemokrat“ etwa 58,000 Abonnenten, für das kleine Dänemark mit seinen 2,300,000 Einwohnern eine sehr stattliche Zahl. Der „Breslauer Sozialdemokrat“ hat 38,000 Abonnenten und ist der verbreitetste Tagesblatt in der Hauptstadt. Die „Kämpfe“ steht der „Demokrat“ in Karlsruhe mit 6500 Abonnenten das verbreitetste bürgerliche Parteiblatt. Dann folgen „Frens Sozialdemokrat“ mit etwa 4000 Abonnenten und „Norddeutsches Arbeiterblatt“ in Kassel mit etwa 3000. Seit dem 1. November sind zwei neue Parteiblätter in Frankfurt und Gießen gegründet worden, die mit 2000 und 2000 Abonnenten beginnen.

Am 1. Januar ab erscheint ein neues Blatt für Südwestfalen in Paderborn unter der Redaktion von Josef Gausen, der wiederum in Münster für die „Kämpfe“ kandidiert hat. Ein Blatt für die „Kämpfe“ ist in Gießen für das westliche Solingen gegründet.

Stadt-Theater.

Donnerstag: „Sankt-Hilf“. Freitag: „Der Frischhüh.“

Lobe-Theater.

Donnerstag: „Sankt-Hilf“. Freitag: „Der Frischhüh.“

Volk-Borchellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag: Gruppe E. 3. Vorstellung: „Goldfische“. Freitag: Gruppe F. 3. Vorstellung: „Goldfische“.

Deutsches Theater.

Donnerstag: „Der Bibliothekar“.

Zum ersten Male in Breslau im Circus Reax-Gebäude, Louisenplatz. 4157

Circus

Albert Schumann. Donnerstag, Abends 8 Uhr. Grosse brillante Vorstellung mit außerordentl. Programm.

Die Sozialdemokratie und des allgemeine Stimmrecht

Von August Bebel. Preis 20 Pfg.

Am billigsten kauft man Tricotagen, Weiss- und Wollwaren nur Nicolai-Strasse 53b. bei August Diesel.

Außerordentlich vortheilhaftes Angebot

Herren-Winter-Paletots

Colossale Lager von indolent verarbeiteter Paletots in den modernsten Typen bewahrt und, falls zu freieren wie folgt abgegeben:

Exquisite

ein sehr feiner, gefärbter Strimmer-Paletot, warm gefüttert, in Farben braun, blau, schwarz. Früher 21,00, jetzt nur 16,00.

Diese Preise gelten nur für die Zeit von Dienstag, den 15. bis Sonntag, den 20. d. Mts.

Extrord

feinere, klein gefärbter Strimmer-Paletot elegant abgefüttert, wie gewöhnlich, in braun, blau, schwarz. Früher 37,00, jetzt nur 20,00.

Verkaufspreise streng fest. Nicht concessiones und beschleunigt umgewandelt.

Triumph

eleganter, gefärbter Strimmer-Paletot in höchster Ausführung, in Farben blau, braun, schwarz. Früher 36,00, jetzt nur 27,50

Paletots sind bis zu den besten Qualitäten in größter Auswahl vorräthig. 4155

Größtes Special-Haus

bessere Herren- u. Knaben-Garderobe. Gobr. Tatorka, Breslau, Ring 47.

Partei-Versammlung

Sonntag, den 20. November, Nachmittags 4 Uhr, 4169

im Lokale des Herrn Kostrowsky, Lohestraße 75.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. med. M. Cohn: „Ueber medizinische und hygienische Vorurtheile“. 2. Vortrag des Genossen Grünh: „Unsere diesjährigen Wahlarbeiten“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung laden alle Genossen und Genossinnen ein. Eintritt 10 Pfennige. Die Vertrauensleute.

Grosser Saal d. neuen Börse. Dienstag, 15., Freitag, 18., Sonntag, 19. und Sonntag, 20. Novbr. Abends 8 Uhr, nur vier sensationelle Vorstellungen, moderner Wandel von



Räthselhafte und unergreifliche Experimente des Okkultismus, Spiritismus, Psychologie, Anamnestik, Somnambulismus, Fernwirkung und Gedanken-Übertragung. Zum ersten Mal in Europa: Das Riech- u. Seh-Medium. Numerierte Sitze 2.—, 1.50 und 1 Mk., Stehplatz und Gallerie 50 Pf. Billerverkauf: Hofmusikalienhdlg. Julius Hainauer, Schweidnitzerstr. 52.

Frauenfrage und Sozialdemokratie Lily Braun-Gizycki. Preis 20 Pfg.

Einzigste Nothabate!

Sumatras, 25 Sorten, per 100 140 bis 450 Pfg. 4103 Carmen 115 bis 180 Pfg. Java Umbi. 105 bis 150 Pfg. Domingo, groß, 115 Pfg. Märker, alt, 65, 70, 75 Pfg. Pfälzer 65, 68, 70, 75, 80, 85 Pfg. amerik. Gruss, fauber, à 30, 50, 60, 80 Pfg. gegen Haar mit Disenna. Albert Kramolowsky, Ring 60, Ecke Oderstrasse, Ulrichs Kabinak-Schiff in Breslau.

Alle Freunde und Genossen unserer Bestrebungen erlauben wir, in Gasthöfen, Wirthschaften, Barbiergehäften etc., überall, wo Zeitungen dargeboten werden, stets die „Volkswacht“ zu verlangen. Wo dieselbe nicht erhältlich ist, müßte Jeder nachdrücklich auf die sofortige Bestellung dringen.

Soeben erschienen: Die Preussischen Landtagswahlen. Die gesetzlichen Bestimmungen nebst Erläuterungen. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei von Dr. Leo Arons. Preis 20 Pfennig. Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.

Ludwig Herz. Breslau, Blücherplatz 4 neben der Strohm-Brücke.



Damen-Schuhe. 3,75 mit Futter, schwarzes. 5,00 mit Futter, braunes. 5,00 schwarzes Leder. 6,50 mit Futter, schwarz. 6,50 braunes Leder. 6,50 schwarzes Leder. 3,75 schwarzes. 3,90 braunes.

Herren-Schuhe

Hochfeine 1,00 mit schwarzer Leder. 1,25 mit schwarzer Leder. 2,00 mit schwarzer Leder. 2,00 mit brauner Leder. 2,50 mit schwarzer Leder. 2,50 mit brauner Leder. 3,00 mit schwarzer Leder. 3,00 mit brauner Leder. 3,00 mit schwarzer Leder. 3,00 mit brauner Leder.



Herren-Schuh. 7,50 mit schwarzer Leder. 7,50 mit brauner Leder. 8,00 mit schwarzer Leder. 8,00 mit brauner Leder. 8,00 mit schwarzer Leder. 8,00 mit brauner Leder. 8,00 mit schwarzer Leder. 8,00 mit brauner Leder.

Kinder-Schuhe

Hochfeine 2,75 mit schwarzer Leder. 2,75 mit brauner Leder. 1,50 mit schwarzer Leder. 1,50 mit brauner Leder. 1,50 mit schwarzer Leder. 1,50 mit brauner Leder. 1,50 mit schwarzer Leder. 1,50 mit brauner Leder.

Schneepant

für empfindliche Füße. Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4.

Soeben erschienen: Geld auf Pfänder jeder Art im Pfand-Institut Friedr. Wilhelmstr. 58a Hofpartierre. 4168

Wählen oder Nichtwählen.

Ein Wort zur Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen von Reichsanwalt Wolfgang Heine. Preis 20 Pfg. Johannes Gauke

Ueber die Grenzen des Nationalismus und Internationalismus.

Preis 20 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition und Verlagsanstalt.

50 Schränke u. Vertikow's

werden auch einzeln auf Abzahlung mit einer Anzahlung von 5 Mark u. wöchentlich Abzahlung von 1 Mark abgeben. S. Osswald, Schabbrücke 741.

Soeben erschienen: Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1. bis 8. Oktober 1898. Preis 35 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition und Verlagsanstalt.

Bürgerliches Gesetzbuch

mit dem Einführungs-Gesetz und einem ausführlichen alphabetischen Sachregister zum Preise von 1 Mark zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

Ein Held des Gutes und des Scherzes.

Ein höchst humorvoller Roman mit dem Titel des beliebigen Genres. A. Otto Walker. Preis 1,20 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.

Meinung aus dem Volke! Seien es Handwerker, Arbeiter, Beamte, Bürger! Uns wird geholfen! Es wird Aufsehen erregen, wenn ich durch Aufgabe meines altnomirten, seit 20 Jahren bestehenden Herren- und Knaben-Garderobengeschäfts gezwungen bin, mein fertiges Lager schnell zu räumen. In sehr reicher Auswahl sind noch vorhanden: Winter-Paletots mit gutem Wollfutter wie nach Maß gearbeitet von 9.— Mk. an. Hobenzollern-Mäntel in verschiedenen Qualitäten, aus guten biden Winterstoffen mit weiter Pelserie v. 14 Mk. an. Joppen mit sehr breitem Ueberschlag in verschiedenen Stoffarten, durchweg gefüttert von 5.50 Mk. an. Schlafrocke warm und mollig mit verschiedenartigem Besatz von 7.— Mk. an. Anzüge 4150 in biden Winterstoffen, elegant und schnellig sitzend von 12.— Mk. an. Knaben-Anzüge und Paletots von 2.50 Mk. an. Specialität: Bauch-Garderobe für die stärksten Herren passend. Mein Waaregeschäft bleibt unverändert weiterbestehen. S. Hurtig, Gegründet 1879, Ohlauerstr. 84, 1. Etage, Eingang Schabbrücke. Jedermann komme und überzeuge sich! Thatfachen beweisen! Ueberzeugung macht wahr! Alle Sachen sind in eigener Werkstatt angefertigt und keine Fabrikwaren. Streng reeller Ausverkauf!

Große Fänge! Billige Preise! Eingetroffen: Große Waggonladung Hochfeine Schellfische p. Pfd. 22—25 Pf. Gr. fetter Cablian = 30 Pf. = Seehecht, = 35 Pf. Gr. fleischige Rothzungen = 35 Pf. Seezungen p. Pfd. 1,00 Mk. Stiefen-Heilbutt per Pfd. 70 Pf. Steinbutt, hochfein, p. Pfd. 65 Pf. Schollen 25 Pf., Seeaal 35 Pf. Auerhahn, vorzüglicher Brat- und Bierfisch p. 25 Pf. Unsere feinsten Fisch-Cotelettes p. Pfd. 60 Pf. Freitag und Sonnabend von 4 Uhr ab: Frisch gebratene Fische sowie frisch geräucherter Flandern und Störe, Goldbutte, Dorsch, Seelachs und Auerhahn. D. D.-F.-G. „Nordsee“ Schmiedebrücke 48, Klosterstraße 10, Scheitnigerstraße 37.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 17. November 1898.

Zu den Stadtverordnetenwahlen!
Genossen! Es gilt, alle Kräfte anspannen, wenn die sozialdemokratische Partei ehrenvoll aus dem Wahlkampfe hervorgehen soll. Stelle sich daher jeder Genosse, der im Stande ist, morgen Freitag, Nachmittags 5 Uhr, Feierabend machen zu können, sofort in dem nächstgelegenen Wahllokal zur Agitation mit zur Verfügung! Bis acht Uhr Abends muß ganz energisch gearbeitet werden, wenn wir den Sieg erringen wollen! Alle Mann daher auf den Kampfplatz!

22. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle des Volksschulhauses Posenerstraße 12/20, Hof links.

Kandidaten der Sozialdemokratie sind:
Redakteur Julius Bruns.
Verleger Oskar Schüb.

24. Wahlbezirk.

Wahllokal: Jahn-Turnhalle, Neue Antonienstraße 20/22, parterre.

Kandidat der Sozialdemokratie ist:
Tischler Pauli Richter.

25. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle der Charlottenschule (ev. Mädchenschule), Trinitasstraße 10, Hof parterre.

Kandidaten der Sozialdemokratie sind:
Kaufmann Oskar Sehmann.
Zigarrenfabrikant Johann Kühnel.

26. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle Waterloostraße 15/17, auch Matthiaststraße 112, Hof parterre.

Kandidat der Sozialdemokratie ist:
Tischler Hermann Brofig.

32. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle Fürstenstraße 23/29, parterre.

Kandidat der Sozialdemokratie ist:
Kassierer Arthur Vergmann.

33. Wahlbezirk.

Wahllokal: Katholische Knabenstube VI, Kreuzstraße Nr. 17/25, 1. östl. Eingang, Zimmer 5, Klasse 6.

Kandidat der Sozialdemokratie ist:
Zigarrenfabrikant Gustav Titz.

34. Wahlbezirk.

Wahllokal: Turnhalle Paulinenstr. 14, Hof parterre.

Kandidat der Sozialdemokratie ist:
Redakteur Ernst Jahn.

Achtung Wähler des 22. Bezirks!

Wie wir schon vor Schluss der Redaktion erfahren, ist die Wahl im 22. Bezirk (Wahllokal Posenerstraße, Volksschule), nicht zu Stande gekommen, da ein Beisitzer sowie beide Stellvertreter fehlten und nicht herbeizuschaffen waren.

Die Wähler des 22. Bezirks müssen in Folge dieses unerhörten Vorgangs also vorläufig auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichten und die Aufhebung eines neuen Wahltermins abwarten.

Schlachtsteuer in Breslau. Die Berliner „Volksgenossenschaft“ schreibt: „Eine indirekte Steuer, welche schwer auf die Bevölkerung drückt und, wie alle indirekten Steuern, ungleichmäßig drückt, hat Breslau immer noch in seiner Fleischsteuer. Trotzdem hat der Magistrat den Antrag des Stadtkammerers Körte auf Aufhebung der städtischen Fleischsteuer abgelehnt, weil dazu eine Erhöhung des Einkommensteuernachschlages von 119 auf 160 v. H. erforderlich sein würde. — Als bleibt es bei der indirekten Steuer, gegen die sonst immer von freisinniger Seite Front gemacht wird.“

Dummheit und Bosheit sind schlechte Rathgeber im Kampfe, und besonders unglücklich sind Kämpfer, in denen diese Eigenschaften vereinigt sind. Die mancherlei kleinen ultramontanen Zeitungen — mit Ausnahme der polnischen — sind sammt und sonders in nichts weniger als glücklichen und geschickten Händen, so daß wir fast eine Veranlassung hätten, uns näher mit ihnen befassen zu können. Näher befassen wollen wir uns auch heute nicht mit ihnen, sondern nur an einem charakteristischen Beispiele zeigen, wozu blinder Haß unsere frommen Gegner gelegentlich verleitet.

Der „Neustädter Zeitung“ hat es der „Fall Schindler“ angeht, der bekanntlich zu einem „Fall Hirschweier“ führen soll. Genosse Schindler ist an der Proletarierkrankheit gestorben. Das hatte an sich für die Öffentlichkeit nicht allzuviel Interesse, auch nicht für das genannte Blatt. Aber diese Todesursache ist in einer Zeitungsbelanntmachung veröffentlicht worden; das macht den Fall für ein Städtchen wie Neustadt schon interessanter. Indes auch dies hätte die „gütliche“ Zeitung dieses Blattes nicht so aus der Fassung bringen können, wie es tatsächlich der Fall ist, wenn nicht noch andere Gründe für schwarze Fanatiker wichtige Momente im Spiele wären.

Genosse Schindler ist gestorben, ohne vorher die Heilmittel der Kirche empfangen zu haben, ohne den Beistand des Geistlichen. Das mußte natürlich fromme Leute erregen, da „solche“ Todesfälle Gott sei Dank selten vorkommen. Freilich war das des Verstorbenen Sache, hatten die „Frommen“ er kommt dafür in die Hölle, das hat er davon. Grund zum Ständemachen hätte also unter diesen Umständen die „Neust.“ nicht gehabt. Aber eine hat dem Hasse der Gehulden den Boden ausgeschliffen: das Zeichenbegängnis des Genossen Schindler, an dem sich viel mehr Neustädter Bürger beteiligten, als man erwarten konnte.

Wäre des Genossen Schindler Begräbnis nach den Wünschen der „N. Z.“ und ihrer Hintermänner vor sich gegangen, hätten dem Toten nur wenige Genossen die letzte Ehre erwiesen, so wäre Alles gut; nur ganz in der Stille hätten ihn die frommsten Anhänger der Religion der Liebe einige kleine Flüche ins Grab nachgeschickt. Aber das ging nicht mehr, nachdem ein „solcher“ Todter mit solcher Beteiligung der Bevölkerung begraben worden war. Da setzten sich denn die „guten Katholiken“ aber schlechten Polemiker hin und schrieben giftiges Zeug gegen die Neustädter Nothen und alle Sozialdemokraten insgesamt. Sie leugneten, eine „Proletarierkrankheit“ überhaupt zu kennen — wir glaubens ihnen, was kennen sie denn überhaupt —, sie „bewiesen“, daß die Arbeiter, wenn sie an der Schwindsucht sterben, meist selbst daran schuld sind, verdächtigten den Verstorbenen in echt katholischer Passermanier in nicht wiederzugebender Weise und beschloßen ihre Artikelreihe über den Fall Schindler mit dem Satz, daß die Proletarier, wenn sie an der Proletarierkrankheit sterben, es „nicht anders haben wollen“.

Wir gehen nicht näher auf den Inhalt der Artikel ein; wir drücken nur unsere Freude darüber aus, daß beim Zeichenbegängnis des Genossen Schindler dessen Stellung zur Religion kein Hindernis war, ihn auch nach dem Tode noch zu ehren. Diese Thatsache ist ein Beweis, wie der Satz „Religion ist Privatangelegenheit“ ganz von selbst immer mehr in das Bewußtsein der Masse dringt.

Zur Fesselung der Landarbeiter an die Güterhöfe der ostpreussischen Agrarier wollen jetzt die Geistlichen mehr thun, wie bisher. Auf der Kreisynode des Kreises Goldap sprach dieser Tage ein Pfarrer Neumann-Grabowen über das Thema: „Was kann geschehen, um den Wandertrieb der konfirmirten Jugend zu dämpfen und sie vor den schweren Versuchungen des Dienens in der Ferne, namentlich in den großen Städten, zu bewahren?“ Welche Mittel der Pastor vorschlug, ist leider nicht mitgetheilt worden. Sicher ist jedenfalls, daß den Güterbesitzern eine bessere Bezahlung und Behandlung nicht empfohlen wurde. Durch bloße Warnungen vor dem Sündenpfuhle der Städte werden sich die jungen Leute sicher nicht abhalten lassen, davon zu ziehen. Einfach drollig ist es, daß der Pastor Neumann lediglich die jungen Leute vor den „schweren Versuchungen“, die ihrer im Westen warten, bewahren will, indem er sie veranlassen möchte, in der Heimath zu bleiben. Als wenn den Pastoren nicht bekannt wäre, daß es in Punkte Sittlichkeit und Moral auf den Gütern mindestens ebenso schlimm steht, wie in den Städten.

Zur Fleischtheuerung. Der hochkonservative „Wüstegiersdorfer Gebirgsbote“ meldete in seiner letzten Nummer das Verschwinden vieler Käpen und bringt dieses Faktum mit der vorhandenen Fleischtheuerung in Verbindung. — Na, also!

Die Reichstagswahl in Korantwiz hatte am Freitag noch ein Nachspiel vor dem hiesigen Schöffengericht. In einer früheren Verhandlung waren bereits die Genossen Edion und Kassera von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt freigesprochen worden. Am Freitag stand Edion abermals vor Gericht. Die Anklage lautete diesmal auf Hausfriedensbruch und öffentliche Beleidigung des Gutsinspektors von Korantwiz. Die beiden Genossen waren am Tage der Reichstagswahl vom sozialdemokratischen Wahlkomitee nach Korantwiz geschickt worden, um daselbst Stimmzettel zu vertheilen und das Wahlergebnis aufzunehmen. Edion kam vor dem Wahllokal, das sich natürlich auf dem Dominium befand und gab einem Arbeiter einen zusammengefalteten Stimmzettel. Der 30jährige Mann hatte jedoch schon einen gleichfalls gefalteten konservativen Stimmzettel in der Hand, er war daher ungeschlüssig, was er mit beiden Zetteln machen sollte, da er doch nur einen abgeben konnte. Edion erbat sich darauf seinen Zettel, den der alte Mann wegwerfen wollte, wieder zurück. Während des Gesprächs mußte dieser aber die beiden Zettel verwechseln, und anstatt des konservativen den sozialdemokratischen Zettel behalten haben. Denn kaum war er in das Wahllokal hinein gegangen, als auch schon der Gutsbesitzer, der natürlich etwas von Spitzbuben weiß. Darauf entgegnete Edion: „Ich habe Ihnen doch nichts gestohlen.“ Den beiden Genossen wurde darauf der Aufenthalt im Hofe und damit auch vor dem Wahllokal verboten. Alles Hinweisen auf das Wahlrecht hatte keinen Erfolg. Der inzwischen hinzugekommene Gemeindevorsteher verhaftete die Genossen, belegte deren Fahrräder mit Beschlagnahme und ließ sie zu dem eine halbe Stunde entfernt liegenden Dorfe, in dem der Amtsvorsteher wohnte. Hier wurde der Vorfall zu Protokoll genommen und die Genossen entlassen. Von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die dieser Vorgang zur Folge hatte, sind die Genossen, wie bereits erwähnt, freigesprochen worden.

In der Verhandlung am Freitag bekundete der als Zeuge benommene Gutsinspektor, Edion hätte ihn geantwortet: „Da haben Sie wohl schon etwas gestohlen?“ Die Anklage wird vom Angeklagten, sowie von dem Zeugen Kassera bestritten. Der Straf Antrag war vom Landrath unterzeichnet, als angeblichem Vorgesetzten Behörde des Inspektors. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten, dessen Verteidigung Rechtsanwalt Paul Heim führte, von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei, verurtheilte ihn aber wegen Beleidigung des Inspektors zu 15 Mk. Geldstrafe. Der Gerichtshof sah den Landrath als zur Stellung des fraglichen Strafanzuges berechtigt an. Der Verteidiger bestritt dagegen die Berechtigung, die der Landrath höchstens in seiner Eigenschaft als Wahlkommissarius gehabt habe. Dann hätte er aber den Straf Antrag als solcher und nicht als Landrath unterschreiben müssen, vorausgesetzt, daß der Inspektor damals als Wahlvorsteher fungirt habe. Gegen dieses Urtheil ist Berufung eingelegt worden.

Heber einen Eisenbahnunfall wird berichtet: Der Güterzug 31/32 entgleite Dienstag Nachmittags bei Rosowadze auf der Strecke Döppeln-Colei-Kapdzyzn. Fahrgesessenen wurden beide Gleise gesperrt, sodas der von Döberberg kommende fahrplanmäßig um 10.15 Uhr in Breslau eintreffende Schnellzug Nr. 2 die Anguldrückung nicht passieren konnte und die Passagiere durch Umsteigen weiter befördert werden mußten. Der Schnellzug erlitt dadurch eine Verspätung von etwa zwei Stunden.

Todtensonntag. Die Polizei-Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien vom 9. März 1896 bestimmt, daß an dem dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Todtensonntag, dem Todtensonntag, sowie am Vorabend desselben, d. i. am 19. und 20. d. Mts., weder öffentliche noch private Tanzmusik, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten veranstaltet werden und daß an dem dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Todtensonntag, dem Todtensonntag, d. i. am 20. d. Mts., nur theatralische Darstellungen und Musikaufführungen erpben Jubels rauschen dürfen.

Aus dem Waldchen. Die Anregungen des Stadtverordneten Müller, bessere Beleuchtung und bessere Fahrgewegzustände im Waldchen zu schaffen, sind auf fruchtbarstem Boden gefallen. Die Verwaltung der Promenaden wird nicht nur diesen Wunsch erfüllen, sondern auch für Neuanpflanzungen sorgen.

Volls-Vorstellungen im T. Asia-Theater. Das Schönehan-Rabelburg'sche Lustspiel „Goldfische“ wird am Donnerstag für Gruppe E, am Freitag für Gruppe F zur Aufführung gebracht.

Der Verlagsbuchhändler Morgenstern, der sich, wie bekannt, seit dem 17. September in Untersuchungshaft befand wegen Veruntreuungen zu Ungunsten der ihm unterstellten genossenschaftlichen Kasse, ist, wie die „Bresl. Btg.“ erfährt, heute Samstag im Alteshospitals, wofür er gestern aus dem Gefängnis überführt worden war, gestorben.

Falsches Geld. Beschlagnahmt wurde ein falsches Markstück, welches bei einem Kaufmann auf der Sonnenstraße in Zahlung gegeben worden ist.

Selbstmord. Am 14. d. M. Mittags stürzte sich eine Wittve von der Königgräzerstraße an der Hundsfelder Chaussee in den Umgehungsgraben und ertrank.

Betrügereien. Vor etwa drei Wochen erschien in der Wohnung einer Rentierfrau auf der Brandenburgerstraße ein Mann und erluchte die Frau darum, ein Buch, betitelt „Evangelisches Hauspredigtbuch für die Familie“, welches ihr von einer Berliner Missionsgesellschaft vor Jahresfrist gesandt worden war, ihm auszubändigen, da dasselbe einen anderen Einband erhalten sollte. Gleichzeitig legte er eine Probe dieses Einbandes vor. Er erhielt das Buch, welches einen Werth von etwa 12 Mark hatte, und verfuhr, in spätestens drei Tagen dasselbe wieder zurückzubringen. Das ist aber bis heute noch nicht der Fall gewesen. — Derselbe Schwindler, von dem wir berichteten, daß er einem Dienstmädchen 3 Mk für ein bald zu lieferndes religiöses Bild abschwindelte und sich als ein im Dienst des Bischofs von Rotterdam stehender Reisender ausgab, hat auch ein anderes Dienstmädchen in gleicher Weise geprellt.

Selbstmordversuch im Breslauer Gerichtsgefängnis. Der des Mordes an der Emilie Budich in Leubitz bezichtigte Vohngärtner Pohl hat im Gefängnis zu Breslau versucht, sich mittels eines Streifens, den er vom Hemd abgerissen hatte, zu erhängen; der Selbstmordversuch ist jedoch der „Schl. Dorfztg.“ zufolge nach rechtzeitig bemerkt und verhindert worden.

Verhaftet. Der mit 2500 Mark unterschlagenen Geldern flüchtig gemordete Lehrling Oswald Wachsmann wurde mit seinem Freunde Robert Kogeler, der ihn auf der Flucht begleitete, in Wien verhaftet; man fand noch circa 1850 Mk. bei ihm vor.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigegefängnis wurden am 14. d. M. 42 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Ein schwarzes Armband mit einem weißen Stein, ein goldenes Armband mit einem Kleeblatt, ein goldenes Medaillon mit Photographien, zwei silberne Herrenuhren, ein silbernes Kettenarmband, ein Korallenarmband, ein goldener Trauring, gez. S. F., eine goldene Damenuhr und vier vergoldete Ringe. — Abgehändert kamen: Zwei goldene Ohrringtheile, ein goldener Ohrring, ein Trauring, gez. A. F. Blumlich S. 1. 83, ein goldenes Medaillon mit einer goldenen Kette, eine goldene Bußematte, eine silberne goldene Uhrkette, eine Nickel-Eisenkette, eine goldene Damen-Kette, zwei Paar Damenhandschuhe, eine schwarze Strümpfe, drei Portemonnaies mit 10 Mark, 19.50 Mk. und 28.80 Mk. Inhalt und ein Portemonnaie, enthaltend 21 Mk. und einen Trauring, gez. A. R. 16. 2. 83.

Gewerbegericht. In der letzten unter dem Vorsitz des Stadtraths Jänike abgehaltenen Sitzung des Gewerbegerichts kamen folgende bemerkenswerthe Streitfälle zur Entscheidung. Pflanz-Maurergesellen klagen gegen den Maurermeister Kuballe wegen Zahlung von Lohnresten von 10 bis 12 Mark. Wie die Leute angaben, haben sie die Putzarbeit an einem Hause auf der Kreuzburgerstraße ausgeführt. Es sei ihnen ein Stundenlohn von 45 Pf. zugesagt und auch in der ersten Woche gezahlt worden; bei der zweiten Lohnzahlung habe der Meister die Stunde nur auf 40 Pf. berechnet, weshalb sie weggezogen sind, den Restbetrag auf dem Klagewege zu erheben. Der Beklagte will von einer solchen Berechnung nichts wissen, nach seiner Rechnungsaufstellung habe er den Klägern schon mehr bezahlt, als sie zu beanspruchen haben. Er sehe sich daher nicht veranlaßt, auch noch einen Pfennig zu zahlen. Die Putzarbeit sei einem Kolonnenführer übertragen worden, so begründete der Meister seinen Antrag auf Abweisung, mit dem auch der Accordlohn von 70 Mark vereinbart worden sei, der Kolonnenführer habe mit seinen Leuten aber die Arbeit nicht fertig gemacht, und da seien die Kläger in die Räder getreten. Statt 70 Mark habe er schon für die Arbeit 902 Mark gezahlt, auf die Stunde berechnet, kämen 40 Pf. heraus, und das sei der hierorts übliche Lohn für Maurer. Der Vorsitzende der Kläger, Herr Stephan, erklärte für seine Kollegen, daß ihnen die Sache mit dem Kolonnenführer gar nichts angeht, sie hätten sich bereit erklärt, die angefangene Arbeit gegen Stundenlohn und zwar zu 45 Pf. weiter zu führen, und dieser Lohn sei ihnen auch zugesprochen worden. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Kläger vollkommen in ihrem Rechte sind und verurtheilte den Maurermeister zur Zahlung der klägerischen Forderungen. Insgesamt dürfte der Meister 55 bis 60 Mark nachzuzahlen haben.

Wegen eines „Pegarskels“ in der „Volkswacht“ hat der Stofabrikant Horstmann in der Stofabrikarbeiter-Kassid Knall und Fall erlitten. Der Arbeiter klagt gegen den Fabrikanten wegen einer vierzehntägigen Lohnminderung von 30 Mark. Wie der Beklagte anführte, enthalte der Artikel unwahre Thatsachen, er zöge anständiger Löhne, auch sei die Arbeitszeit keine überanstrengende; wenn die Arbeiter Stundenlang arbeiten, müßten sie allerdings das Versäumte durch längere Arbeit nachholen. Der Kläger habe den Artikel geschrieben und die Mitarbeiter in der Werkstatt aufgehetzt, sozialdemokratische Zeitungen unter ihnen verbreitet und daher sei er mit Zug und Recht entlassen worden. Der Kläger bestritt auf das Entschiedenste, der Verfasser jenes Artikels zu sein, auch habe er keine Zeitungen vertheilt. Das Gewerbegericht entschied, daß der Beklagte verpflichtet sei, den klägerischen Anspruch anzuerkennen. Den Mann ohne Weiteres zu entlassen, sei er nicht berechtigt gewesen, wenn er mit ihm nicht zufrieden war, konnte er ihm kündigen. Der § 123 der Gewerbeordnung führe 8 Punkte an, wegen deren ein Arbeiter entlassen werden kann, alle diese Bestimmungen böten keinen Anhalt für die vom Beklagten ins Feld geführten Gründe.

Schließlich berichten wir noch über einen Streitfall, der zwar noch nicht erledigt ist, aber uns wichtig genug erscheint, umfern Lesern mitzutheilen. Der Tischlergeselle Kirsche arbeitete bei dem Kunsttischlermeister Gramontza in Accord. Er hatte zunächst 2 Schränke für den vereinbarten Preis von 70 Mk. zu fertigen. Während der Arbeit kam der Geselle zu der Einsicht, daß er bei diesem Preis noch nicht einmal auf den ortsbüchlichen Lohn komme, er wurde beim Meister vorstellig und dieser legte ihm 5 Mark zum Lohne zu. Der Geselle freute sich sehr über dieses Entgegenkommen. Nach Fertigstellung der Schränke bekam er 4 Nachmittage zum Preis von 13 Mk. pro Stück also 52 zusammen. Er setzte auch diese — und nun kommt der künftige Bote — er erhielt anstatt 52 nur 47 Mk. Die 5 Mk., die der Meister zu den Schränken zugeseht, lag er sich von den Nachmittagen ab. Dieser Betrag bildet den Streitpunkt. Der Meister behauptet, er habe dem Kläger nichts abgezogen, Schränke und Tischler seien zum Baarpreis von 122 Mk. vereinbart worden, und diesen Preis habe der Kläger richtig erhalten. „Aber Herr Meister,“ erwiderte der Geselle, „warum haben Sie mir das bei Uebernahme der Nachmittage nicht gesagt?“ Das Gewerbegericht beschloß, einen Sachverständigen über die Accordarbeiten zu hören, besonders darüber, ob die Accordpreise zum Mindesten den ortsbüchlichen Lohn decken müssen. Der nächste Termin in dieser Sache ist auf den 22. Dezember festgesetzt.

Eignis, 15. November. Bei der gestrigen Wahl von vier Stadtvorordneten der III. Abtheilung lösten von 5500 Wählern 1546 ihr Wahlrecht aus. Von diesen haben für die sozialdemokratischen Kandidaten 395-405 Wähler gestimmt. Genosse Lachnit kommt mit dem Kandidaten der Republikaner und der Handwerkerpartei, der 773 Stimmen erhielt, in Stichwahl, da diesem eine Stimme an der absoluten Majorität fehlt.

Sammlung, 13. November. Sitzung des Gewerkschafts-Parlaments. Anwesend waren 9 Mitglieder, unentschuldig fehlten 3 Mitglieder. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriffte Kollege Giesler den Kassenericht vom laufenden Jahre. Die Einnahme betrug 237.48 Mk., die Ausgabe 112.25 Mk. Bestand 125.23 Mk. Zweitens wurde beschlossen, ein Schreiben an den kriegs Magistrate und eines an den Kreis-Ausschuss zu richten, um Auskunft über einige Fragen, das Gewerbegericht betreffend, zu erlangen. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, von nun an kurze Berichte in den Parteiblättern zu veröffentlichen; die Berichte sollen auch Namen der unentschuldig fehlenden Delegierten enthalten. In dem Parteiliste sind folgende Gewerke: Buchdrucker, Metallarbeiter, Tischler, Tapfer, Maurer, Steinmeyer.

H. Wartenau, 16. November. Die gestern stattgefundene Volksversammlung, in welcher Genosse Stolpe den Bericht vom Stuttgarter Parteitag ergriff, erfreute sich eines zahlreichen Besuches. In anschaulicher Weise gab Redner ein Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages. Insbesondere beschäftigte sich der Vortragende mit der ungeliebten Zuchthausvorlage und dem Verlangen der Reaktionsäre nach neuen Ausnahme-Gesetzen gegen die Sozialdemokratie. Redner gab seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß alle, wie immer gearteten Ausnahme-Gesetze, unserer Partei noch weniger Schaden zufügen werden, als das verlassene Sozialisten-

Gesetz. Mit den Freiligrath'schen Worten: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht, unter die Welt trotz alledem!“ schloß Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Eine Resolution, welche sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt und gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes protestirt, fand einstimmige Annahme. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Abrechnung des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben, gab Genosse Franke die Abrechnung, welche vom 1. November 1897 bis 1. November 1898 eine Einnahme von 299.05 Mark, eine Ausgabe in derselben Höhe aufweist. Ferner wäber im abgelaufenen Jahre 4 Volkerversammlungen, 2 Parteiverfassungen und 3 Agitationskuren stattgefunden. Die Redner erklärten die Abrechnung für richtig und wies hierauf den Vertrauensmann Dehager ertheilt. Als Vertrauensmann wird darauf Genosse Franke einstimmig wiedergewählt. Nachher an die Anwesenden gerichtete Aufforderung, der politischen Organisation beizutreten u. d. die Parteipresse kräftig zu unterstützen, wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung geschlossen.

Technik und Wissenschaft.

Mutter Erde als Dampf-Kessel. In der Umgebung des bekannten Ortes Pittsburg im Staate Pennsylvania soll nach einer Mitteilung von Industriellen und Iron das tiefste Bohrloch der Welt gebohrt werden, gegenwärtig ist dasselbe bereits 1000 Meter tief und soll noch tiefer zur doppelten Tiefe gebracht werden. Dieses Bohrloch hat neben bergbauartigen Zwecken ein ganz hervorragendes wissenschaftliches Interesse, nicht nur wegen der Zusammenfügung der Schichten in so großer Tiefe, sondern auch besonders wegen der dort herrschenden Temperatur. Die Amerikaner können es aber nicht vertragen, einen Plan auszuführen ohne den Gedanken an irgend eine praktische Verwendung, und so sind sie denn auf die Idee gekommen, diesen Brunnen als eine natürliche Dampf-Kessel zu verwerten. Man rechnet nämlich darauf, in der Tiefe von 3 Kilometern im Innern der Erde eine Temperatur zu finden, die mehrere Grad über dem Siedepunkte des Wassers liegt. Also meinen die Amerikaner, daß ihnen aus diesem Bohrloche Mutter Erde mächtige Dampf-Wolken zufließen werde, die sie einfach zum Maschinenbetriebe zu verwerten brauchen. Falls die natürliche Dampferzeugung nicht ausreichen sollte, so brauchte man ja nur von oben kaltes Wasser hinzuzugießen. Der Vertreter dieser Idee nennt sich Professor Hallod. Ingenieure, die nicht Amerikaner sind, werden wahrscheinlich der Ansicht sein, daß die Erde sich doch nicht Alles gefallen läßt, was der Mensch von ihr verlangt, und selbst wenn die Dampferzeugung in dieser Tiefe in genügendem Maße vor sich ginge, so müßte es doch unmöglich erscheinen, diesen Dampf bis nach der Erdoberfläche in die Maschinen zu leiten, ohne daß er unterwegs soweit abkühlt, daß er zu Wasser wird. Wahrscheinlich wird nicht nur der Dampf, sondern auch die ganze schöne amerikanische Idee zu Wasser.

Quittung.

Zum Landtagswahlfonds gingen ein: Bauarbeiter durch Schön 1.-Mk., L. 211 Särcel 5.-Mk., Debel beim 0.15 Mk., Benschik 0.35 Mk., Ranzleberkuß der Gutarbeiter der Firma Rabatt & Gutmann 2.55 Mk., L. 233 Hart 2.50 Mk., L. 204 Seymann 10.90 Mk., L. 312 Burewig 5.80 Mk., Aus dem kleinen Schneidner-Keller 1.-Mk., L. 257 Kern 5.85 Mk., Von einem Wilben durch Grund 1.-Mk., L. 287 Schirbawahn 2.90 Mk., L. 285 Scholz 4.30 Mk., L. 231 Cijfel 14.25 Mk.

S. Guttentag,

Breslau, Ohlauerstrasse 76/77, I. und II. Etage, Eingang nur Altbückerstrasse 5.

Erstes Confectionshaus, in welchem zu unantastbar streng festen Preisen verkauft wird und wo Vorschlägen und Abhandeln absolut ausgeschlossen ist.
Eine unerreichte Auswahl fertiger Garderobe neuester Moden, sowie ein enorm großes Stofflager für Bestellungen nach Maass stehen bei mir jederzeit einem geehrten Publikum zur Verfügung. Die Besichtigung sämtlicher Läger ist Jedermann gern und ohne Kaufzwang gestattet.
Die Warenlager, die größten am Orte, bieten Alles, was man in Garderobe im praktischen Leben, sowie in den feinsten Gesellschaftskreisen brauchen kann.
Die verwendeten Stoffe werden stets vor der Verarbeitung auf ihre Haltbarkeit und Farbenechtheit geprüft.
Eminent tüchtige Zuschneider leiten das Ressort für seine Maassbestellungen.
Die nachstehenden Sachen bitte der unerreicht billigen Preise wegen einer gereinigten Durchsicht zu unterziehen.

Herrn-Paletots in Double, Etkimo, Krimmer, Natisé, Flaconé, Belliné, Friés, Montagnac, Cheviot u. a. m. von Mk. 10.50 an.

Herrn-Sport-Paletots in den apartesten, schönsten Farben und eleganten Plaidfutter von Mk. 22.00 an.

Specialität: Eleganteste Herren-Paletots aus weichen Frischstoffen gefertigt in schwarz, braun oder blau, verziert mit elegantem, englischem Plaidfutter . . . nur Mk. 35.00

Seltenes Angebot!
Ein Posten Herren-Paletots wegen kaum merklichen Farbenschlern bedeutend zurückgesetzt.
Sonst Mk. 30.00. Jetzt Mk. 18.00

Herrn-Pelerinen-Mäntel aus feinem, dauerhaften Lodenstoffen oder erprobten Fuchshautstoffen in schönen, modernen Farben mit langer und weicher Pelzlinie, durchweg mit diesem Pfleger-Lama oder carré elegant. . . von Mk. 15.00 an.

Herrn-Anzüge in Tuch, Englin, Cheviot, Kammergarn, Cheviot-Loden, Kammergarn-Cheviot u. a. in vorzüglicher Verarbeitung von Mk. 10.50 an.

Herrn-Joppen in außerordentl. praktischen Lodenstoffen, ein- oder zweireihig, mit Knöpfchen und mit oder ohne Gürtel, verschiedenartig . . . von Mk. 5.75 an.

Herrn-Schlafrocke in Double, Velour, Flammé, Belliné u. mit farbigem Tuch, Plaid oder Sammet befestigt . . . von Mk. 7.50 an.

Herrn-Beinkleider in Satin, Tuch, Englin, Cheviot, Kammergarn, bis zu den feinsten, echt englischen Kammern . . . von Mk. 3.00 an.

Extra dicke Winterhose aus erprobtem Velourstoff, verschiedenfarbig . . . nur Mk. 5.00.

Livréen für Kutscher und Diener, Vordröcke, wasserdichte Kutscher-Pelerinen.

Jagd- und Sport-Garderobe in enormer Auswahl.

Tricot-Unterwäsche in verschiedenen Qualitäten u. Preisen.

Guttentag'scher Special-Schulanzug für 8- bis 14jährige Knaben, Größe 7-12 in einem Äußerst haltb. Loden-Cheviot, grau-grün . . . nur Mk. 7.50.

Jünglings-Paletots und Mäntel, sowie Anzüge in allen gangbaren Qualitäten und verschiedensten Farben in unerreichter Auswahl zu überraschend billigen Preisen vorrätig.

Knaben-Anzüge vom einfachsten bis elegantesten Façon . . . von Mk. 2.50 an.

Knaben-Mäntel mit Pelzlinie in dauerhaften Loden- u. Tuchstoffen . . . von Mk. 4.00 an.

Knaben-Mäntel ohne Pelzlinie in dauerhaften Loden- u. Tuchstoffen . . . von Mk. 3.25 an.

Knaben-Joppen a Lodenstoffen gefertigt, warm gefüttert, hochgeschlossenen v. Mk. 3.00 an.

Leibchenhosen für Knaben
billige Qualität . . . 75 Pf.
bessere . . . 1.00 Mk.
beste . . . 1.25 Mk.
pro Paar.

25 Mark ein eleganter Maass-Anzug mit Anprobe aus einem dauerhaften erprobten Cheviot gefertigt, in den Farben schwarz, braun, blau, grün.

Garderobe nach Maass
in feinsten eleganten Ausführung und unter absoluter Garantie des gansen Tages überreichend billig.

Richtconvenirendes wird bereitwillig umgetauscht oder kostenlos geändert und jedem Stück werden Fleckflecken beigelegt.
Kataloge, reichhaltigst illustriert, kostenlos und portofrei.

Stadtverordneten-Wahlen!
Wir empfehlen unsere Candidaten
III. Abtheilung, S. 19:
Kaufmann u. Stadtverordneter Gustav Biller,
Bandagist u. Stadtverordneter Paul Schmidt.
Der Vorstand des Bezirksvereins in unserer Stadt
A. Hager.

Reichs-Krug-Bier.

Nur erste Biere! Vollkommenstes Bierversandgefäß.
Krausener Lagerbier . . . pro Krug à 1 Liter 30 Pf.
Fühner Lagerbier (a. Pils. Art) . . . 36 .
Münchener Augustbier . . . 36 .
Culmbacher Bier v. Conrad Kieselberg . . . 36 .
Reich Fühner Bier . . . 36 .
Erhältlich in allen besseren Delicatess- und Colonialwaren-geschäften und im Hauptdepot.
Von 5 Krügen an frei in's Haus.
Reichskrug-Gesellschaft
Compagnie z. Kellerei: Teichstrasse 29.
(Fischmarkt) 4063



Nur in dieser Zeitung steht meine Annonce, darum kaufe ein Jeder seine Herren- und Knaben-Garderobe bei mir.
Sehr große Auswahl.
Sehr billige Preise.
„Zum Propheten“
Neufchestr. 38, 4107
direct am Königs-Platz.

Der süße Paul.
Streich auf dem Büchsenlage
Streich Parie mit ihrem Schlege,
Rein, jauch sie, da wird nicht braut.
Da süßt mir zu süßig aus.
Paul verstand zu seinem Glück
Diesen Wein dem Schmiedbrüder
Kammer 19 schenkt und gut.
Kauf er Anzug, Schöps und hat. 35/35
Da hat er sich nicht mehr schämen
Sie nach Osnig mitnehmen.
Mit, jauch sie, jetzt hat er sein
Süßer Paul, auf ewig Dein!

J. Schönfeld,
19, Schmiedbrüder 19.